

20.12.2017

# Änderungsantrag

## der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/800

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/1515

## Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

hier:                      **Kapitel 20 020**                      **Allgemeine Bewilligungen**  
                                 **Neuer Titel**  
                                 **Titel 462 40**                      **Minderausgaben für Personalausgaben in den**  
                                 **Ministeriumskapitel aller Einzelpläne**

### Haushaltsvermerk:

Der Minderausgabe ist in den Kapiteln 02 010, 03 010, 04 010, 05 010, 06 010, 07 010, 08 010, 09 010, 10 010, 11 010, 12 010 sowie 14 010 zu erwirtschaften.

Erhöhung des Baransatzes

	<b>2018</b>
von	-
um	10.000.000 Euro
auf	-10.000.000 Euro

### Begründung:

Mit dem Haushaltsentwurf 2018 sind alleine in den Ministeriumskapitel 259 neue Stellen vorgesehen. Zusammen mit den 139 Stellen im Nachtragsetat 2017 summieren sich die zusätzlichen Stellen für die Ministerialbürokratie auf fast 400 in nicht mal einem Jahr. Neben wichtigen Aufgaben werden auch Stellen geschaffen, die als reine Aufblähung der Bürokratie bezeichnet werden können:

Datum des Originals: 20.12.2017/Ausgegeben: 20.12.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

- In der Staatskanzlei wird ein neues Referat „Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen“ mit 4 Stellen gegründet. Aufgabenstellung bisher unklar.
- Im Heimatministerium werden fünf Stelle für die „Transparenzkommission zur Aufgabenkritik zum Bürokratieabbau“ geschaffen
- 34 Stellen genehmigt sich Hendrik Wüst für eine ganz neue Fachabteilung in der Ministerialbürokratie

Da auch bisher keine Angaben gemacht wurden, wie die 139 Regierungsstellen aus dem Nachtrag gegenfinanziert werden sollen, obwohl es Minister Lienenkämper angekündigt hat, soll dieser Titel dazu dienen, den geschätzten Betrag der Hälfte der Stellen zu erwirtschaften. Da die Stellen zumeist der höheren Besoldungsgruppen angehören, scheint der Betrag von 10 Mio. € realistisch, ohne das es zu Qualitätsverlusten bei der politischen Arbeit kommt.

Norbert Römer MdL  
Marc Herter MdL  
Martin Börschel MdL  
Stefan Zimkeit MdL

und Fraktion